

Offener Brief der Aachener Umweltverbände an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, Ursula Schmidt, Rudolf Henke, Andrej Hunko, Wilfried Oellers, Norbert Spinrath, Thomas Rachel, Oliver Krischer, Dietmar Nietan und Helmut Brandt

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Schmidt ,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Henke,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Hunko,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Oellers,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Spinrath,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Rachel,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Krischer,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Nietan,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Brandt,

anlässlich der Beratungen in den Fraktionen Ende Juni und der zweiten Lesung des von der Bundesregierung am 1. April vorgelegten Gesetzespaketes zum Fracking bitten wir Sie dringend erneut, dieses abzulehnen!

Der vorliegende Gesetzesentwurf bietet keinen ausreichenden Schutz für Mensch, Natur, Umwelt und Trinkwasser. Die Fragen eventueller Bergschäden und die Folgen möglicher Erdbeben sind nicht geklärt, auch nicht nach den Expertenanhörungen im Umweltausschuss (8. Juni) und im Wirtschaftsausschuss (10. Juni) des Deutschen Bundestages.

Eine demokratisch nicht legitimierte Expertenkommission, die eine kommerzielle Nutzung der Frackingtechnik erlauben kann, halten wir für verfassungswidrig und lehnen sie ab.

Eine Erlaubnis der Hochrisikotechnik Fracking in Deutschland würde auch das Ziel der Bundesregierung konterkarieren, „engagierten Klimaschutz zum Fortschrittmotor zu entwickeln“, und würde den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien ausbremsen. Noch ist nicht klar, wie wir das nationale Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, erreichen wollen. Klar ist jedoch, dass wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn zusätzliche Maßnahmen zur Reduktion umgesetzt werden. Zwei Drittel der weltweit bekannten fossilen Brennstoffvorkommen müssen nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur im Boden bleiben, wenn wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern wollen. Mit Fracking würden aber auch die letzten Reserven der vorhandenen fossilen Brennstoffvorkommen gefördert.

Frau Merkel hat erst vor kurzem auf dem G7-Gipfel betont, sie wolle den möglichst schnellen Ausstieg aus Kohle-, Atom- und Gasenergie. Daher dürfen wir uns nicht noch auf eine riskante neue Form der Gasförderung einlassen – die ohnehin nur für wenige Jahre Gas liefern würde -, wenn Deutschland, wie viele andere EU-Mitgliedstaaten (s. Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 16. Juni 2015), ohnehin den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern plant.

Es bedarf aus unserer Sicht dringend einer Änderung des Bundesberggesetzes und der nachgeschalteten Verordnungen dahingehend, dass die Aufsuchung dieser letzten Vorkommen und die Förderung fossiler Brennstoffe eingeschränkt werden und dass Fracking ohne Wenn und Aber verboten wird.

Gerade Sie als Abgeordnete aus Aachen, Heinsberg und Düren wissen, dass sich alle Parteien im Landtag, im Stadtrat der Stadt Aachen sowie in den Räten anderer Kommunen der Region im letzten Jahr vehement dagegen ausgesprochen haben, dass das derzeitige Moratorium für Fracking in den Niederlanden aufgehoben wird. Diese Forderung muss entsprechend auch für das Fracking in Deutschland gelten, auch hier vor der „Haustür“ Ihrer Wählerinnen und Wähler in Aachen und der Region!

Sehr geehrte Vizepräsidentin, sehr geehrte Herren Abgeordnete, zeigen Sie, dass die Gesundheit und das Wohl ihrer Wählerinnen und Wähler bei Ihnen höchste Priorität besitzen und stimmen Sie gegen dieses Gesetzesvorhaben!

Ihrer baldigen Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass wir sowohl diesen offenen Brief als auch Ihre Antworten den Aachener Medien zur Verfügung stellen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Mayr für
NABU-Stadtverband Aachen e.V.

Gertraud Eberius für
NABU-Kreisverband Düren e.V.

Michael Straube für
NABU-Kreisverband Heinsberg e.V.

Dr. Heinz-Eike Lange für
NABU-Kreisverband Aachen-Land e.V.

Helmut Hardy für
Greenpeace Aachen e.V.

Michael Poick für
IG BAU Ortsverband Alsdorf

Jörg Schellenberg für
Aachener Aktionsbündnis
gegen Atomenergie

Marika Jungblut für
Inofrack- Initiative-NO Fracking
Rur, Inde, Wurm

Birgitta Hollmann für
Ökologie Zentrum Aachen e.V.

Alfred Schulte für
BUND-Kreisgruppe Düren e.V.:

Franz-Josef Emundts für
BUND KG Aachen- Land e.V.

Lothar Kurth für
BUND Ortsgruppe Inden/Langerwehe e.V.:

Ulrich Böke für
Langerweher Umwelt-
und Naturschutz Aktion e.V.

Bruno Barth für
NaturFreunde
Bezirk Nordeifel (Aachen, Eschweiler, Merkstein)

Marita Boslar für
attac Inde- Rur

Hermann Gendrisch für
attac- Wurmtal